

HAMBURGER GEWERKSCHAFTSTAG

Hinterm Horizont geht's weiter

Im Zentrum der Frühjahrsversammlung von Delegierten und Vertrauensleuten stand der Führungswechsel in unserer Gewerkschaft. Die Vorsitzenden Bullan und Strauss zogen Bilanz ihrer 8-jährigen Tätigkeit

Klaus Bullan zeichnete das Bild einer Entwicklung, die trotz schwieriger Bedingungen in der Summe erfolgreich gewesen sei. Der Siegeszug des

Neoliberalismus sei längst an seine Grenzen gestoßen, habe aber schwere Verwüstungen hinterlassen. Die Umverteilung von unten nach oben sei weiter

fortgeschritten, was sich unmittelbar im sozialen Auseinanderdriften der Stadtteile zeige. Der Aufschrei der Wilhelmsburger und Veddeler Schulen, die ih-



Die neuen und alten Vorsitzenden. V.l.n.r.: Regina Tretow, Anja Bensinger-Stolze, Fredrik Dehnerdt, Sigrid Strauss, Klaus Bullan



rem Bildungsauftrag nicht mehr nachkommen könnten, sei das jüngste Beispiel dieser Entwicklung; mit verheerenden Folgen sowohl für die Kinder als auch in Hinblick auf die Arbeitssituation der Kolleg_innen. Der Druck auf die Familien und Kinder durch Armut, Perspektivlosigkeit und Zukunftsängste sei in den letzten Jahren enorm gestiegen und damit auch der Druck auf die Erzieher_innen, Sozialpädagog_innen und Lehrkräfte an Schulen und in Kitas. Wir alle spürten die hohen und gestiegenen Anforderungen an unsere Arbeit, weil es für immer mehr Familien immer wichtiger werde, für ihre Kinder gute Bildungsergebnisse zu erreichen, so Klaus' Beschreibung der Wirklichkeit.

Trotz dieser schwierigen Gemengelage, so schlussfolgerte er, sei die Hamburger GEW gestärkt und folglich für die kommenden Auseinandersetzungen gut gewappnet. Dazu zählten, dass

- seit 2006 unsere Mitgliederzahlen nach vielen Jahren des Rückgangs wieder anstiegen,
- durch Neueintritte sich unsere Mitgliedschaft verjügte (s. Grafik),
- dass es in den letzten Jahren gelungen sei, mehr jüngere Kolleginnen und Kollegen für aktive Gewerkschaftsarbeit zu gewinnen (nebenbei: auch dass bei den Vorsitzenden eine Ver-



Verjüngung eingeleitet und 15 % zusätzliche Mitglieder in 8 Jahren auf jetzt 9429. Wann erreichen wir die 10.000?

jüngung eintrete, habe es in den letzten 30 Jahren eher selten gegeben),

- die GEW bei Personalrats- und Lehrerkammerwahlen ausgehend von einem sehr hohen Niveau immer weiter zugelegt habe, dies sei ein Vertrauensbeweis für die Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen vor Ort,
- unsere Stimme bei den anderen Gewerkschaften und im DGB deutlich vernehmbar sei und infolge dessen die GEW als Bildungsgewerkschaft aus der Gewerkschaftsbewegung in Hamburg nicht mehr wegzudenken sei,
- nach wie vor wir eine erste Ad-

resse bei den Medien und der Öffentlichkeit seien, wenn es um bildungspolitische Fragen gehe.

Das Ziel

Das alles sei nur deshalb möglich, so Klaus resümierend, weil die GEW glaubwürdig dafür stehe, bildungspolitische Ziele zu entwickeln, zu vertreten und für ihre Umsetzung zu kämpfen und gleichzeitig kampfstärke Interessenvertretung der Beschäftigten zu sein. Klaus betonte, dass dies für ihn zwei Seiten einer Medaille seien und zählte auf: In einer Schule zu arbeiten, in der Kinder aus armen Familien

oder Migrantenkinder weniger Chancen haben, in der behinderte Kinder ausgesondert werden, in der Stadtteilschüler_innen in sozialen Brennpunkten weniger gefördert werden, in einer Kita zu arbeiten, in der arme Kinder mittags gehen müssen, weil sie kein Recht auf einen Ganztagsplatz haben, in einem Bildungssystem zu arbeiten, in dem diejenigen, die es sich leisten können, auf Privatschulen ausweichen, wenn ihnen das staatliche Angebot nicht zusagt oder Nachhilfelehrer_innen das leisten, was in Schulen nicht klappt – in solchen Bildungseinrichtungen zu arbeiten, dies sei für uns keine gute Arbeit! Klaus grundsätzlich: „Das widerspricht unserem pädagogischen Ethos und schränkt die Qualität unserer Arbeit in einer Weise ein, die wir niemals hinnehmen werden. Gute Arbeit im Bildungsbereich heißt: Kampf für die Verwirklichung unserer bildungspolitischen Ziele.“ Denn, so Klaus nachdrücklich: „Wer, wenn nicht wir, sollte dafür sorgen, dass Chancengerechtigkeit und hohe Bildungsqualität für alle Menschen in dieser Stadt verwirklicht werden?“

Der Weg

Die andere Seite der Medaille: unsere Arbeitsbedingungen und unsere Entlohnung - wir hätten viel Kraft verwenden müssen, um Verschlechterungen abzuwehren. Es sei ihm bewusst, dass dies nicht immer gelungen sei, so Klaus selbstkritisch. Erinnerung sei an die Kürzung oder gar die Streichung des Weihnachtsgeldes, überhaupt an den Reallohnverzicht in der letzten Dekade. Vor allem aber sei in Sachen unerträglicher Arbeitsbelastung durch die Arbeitszeitverordnung für Lehrkräfte, kurz AZM, kein Fortschritt erzielt. Dies könne auch nicht durch die zweifelsohne als Erfolg anzusehende Entlastung um zwei WAZ für ältere Kolleg_innen aufgewogen werden. Doch auch hier gelte für uns

Gewerkschafter_innen: „Ohne den fulminanten ganztägigen Streik der älteren Kolleg_innen hätte sich an deren Belastung bis heute nichts geändert“, so dass die rhetorische Frage, die für alle diese Abwehrkämpfe gelte, berechtigt sei: Wo ständen wir heute, wenn es uns Gewerkschaften nicht gäbe?

Als Niederlagen sei der Ausgang der Plebiszite in Sachen längeres gemeinsames Lernen anzusehen. Aber es sei uns gelungen, viele Menschen bezüglich der Ungerechtigkeiten unseres Bildungssystems zu sensibilisieren. So sei zumindest anerkannt, dass die soziale Herkunft den Lernerfolg bestimme und es würden mittlerweile Gegenmaßnahmen ergriffen: Frühe Sprachförderung in der Kita, Abschaffung der Hauptschulen, Inklusion, Berücksichtigung der sozialen Lage bei Klassengrößen zumindest in Grundschulen, Ganztagsschulausbau. Sicher, alle diese Maßnahmen seien unzureichend, in sich widersprüchlich und brächten neue Probleme und vor allem Arbeitslasten für die Beschäftigten mit sich, das sei von der GEW vielfach und immer wieder kritisiert worden. Aber es gebe Bewegung, die es ohne uns vermutlich nicht gegeben hätte, so Klaus schlussfolgernd.

Wie widersprüchlich bildungspolitische Prozesse verliefen, zeige sich auch an der so genannten selbstverantworteten Schule. Die Entwicklung zeige, dass wir weiter denn je von gleichen Chancen für alle Schulen und alle Kinder und Jugendlichen entfernt seien. Als Reaktion darauf ertöne heute stärker als bisher von verschiedenen Seiten der Ruf, die gesamtstaatliche Verantwortung für die Entwicklung wieder wahrzunehmen. Hierarchisierung, Schulinspektion, Qualitätsmanagement und was sonst noch als marktorientierte Instrumente in die Schulen Einzug gehalten habe – all dies seien

Bedingungen, die die Belastung der Kolleginnen und Kollegen steigerten. Doch oft zeige sich, dass neoliberale Konzepte nicht widerspruchsfrei umgesetzt werden könnten. Besonders erkennbar sei dies durch die nun an jeder Schule eingerichteten Schulpersonalräte. Geschaffen unter der CDU, um die personalrätliche Interessenvertretung und die GEW zu schwächen, habe sie zu einer Stärkung der Aktivität der Kolleginnen und Kollegen an den Schulen und zur Stärkung der GEW geführt. „Personalrätekonferenzen der GEW mit 400, 500, 600 Personalratsmitgliedern im Curiohaus und anderswo – eine Schwächung der Gewerkschaft sieht anders aus!“, so Klaus.

Stolz...

Diese Erfolge – und seien sie noch so klein – gelte es zu feiern und wertzuschätzen. Gerade in diesen Zeiten, in denen die Beschäftigten überall mit dem Rücken zur Wand stünden, seien auch kleine Erfolge von unschätzbarem Wert für die Kampfsmoral.

Und bezogen auf die Klage gerade besonders aktiver Kolleg_innen über die zu geringe Aktivität der Basis, so insistierte Klaus, sollten wir die Kirche im Dorf lassen:

Wenn 1.000 Lehrkräfte am Aschermittwoch gegen das Arbeitszeitmodell demonstrierten, dann sei das ungefähr jedes 5. Mitglied an unseren Schulen. Wenn im Warnstreik zum Tarifvertrag der Länder 1.000 GEW-Kolleginnen und Kollegen mit demonstrierten und das Curiohaus mit 5.000 Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern bei der Streikveranstaltung aus allen Nähten platze, dann seien das großartige Beteiligungsquoten. Welche Organisation sei in der Lage, jedes 5. Mitglied oder 1.000 Leute auf die Straße zu bringen? Er sei sich sicher, dass unsere Bedeutung und die Wahr-

nehmung unserer Aktivitäten in der Öffentlichkeit viel größer seien, als viele von uns annähmen.

Klaus bedankte sich bei allen, die in der GEW zu dieser positiven Bilanz beigetragen haben und fuhr fort: „... und dass ihr mir die Möglichkeit gegeben habt, acht Jahre lang hier zu arbeiten, in meinem Traumjob.“ Er endete mit einem Zitat von Stéphane Hessel, der als Kämpfer der französischen Résistance mit

familie‘, zwar nicht ‚katholisch‘, dafür ‚Vertriebene‘ hatte ich rein statistisch kaum Chancen, mein Dorf zu verlassen“, so Sigrid. Sicher speiste sich aus dieser Erfahrung auch ihre Botschaft an die Delegierten: „Lasst euch nichts gefallen, was euch unwürdig erscheint. Das ist eure Schule, eure Bildungseinrichtung. Ihr habt Verantwortung für Kitakinder, Schülerinnen und Schüler, Studierende. Da kann man nichts werden und nicht Vorbild sein, wenn man sich selbst duckt. Solidarisiert euch in den Betriebsgruppen, in der GEW: Gemein-

sam passiert euch nichts. Setzt diesem neoliberalen Modell weiterhin die Vorstellung einer demokratischen und kollegialen Schule entgegen, das ist unsere Alternative.“ Dazu, so Sigrids Credo, müssen wir die GEW zukunftsfähig machen. D.h.: „Eine Gewerkschaft, der ein Generationenwechsel anderen Ausmaßes bevorsteht, als es normalerweise üblich ist, erfordert alle Aufmerksamkeit. Zudem war es noch bei unserem Antritt so, dass Gewerkschaften in der Öffentlichkeit schlecht geredet, als überkommen, unmodern, ja überflüssig dargestellt wurden. Das ist interessengeleiteter Unfug. In Umfragen halten in gro-



95 Jahren vor kurzem in Frankreich gestorben ist.

»Die schlimmste aller Haltungen ist die Indifferenz, ist zu sagen: ›Ich kann für nichts, ich wurschtel mich durch.‹ Wenn ihr euch so verhaltet, verliert ihr eine der essenziellen Eigenschaften, die den Menschen ausmachen: die Fähigkeit, sich zu empören, und das Engagement, das daraus folgt.«

...und Würde

Sigrid Strauss, die Klaus Bullan in seiner Rede als jene Mitkämpferin bezeichnet hatte, mit der er so intensiv und vertrauensvoll zusammengearbeitet habe, dass kein Blatt zwischen sie gepasst habe, erklärte, wie aus ihrer Biographie heraus die Empathie für mehr Bildungsgerechtigkeit ihr sozusagen auf den Leib geschneidert sei. „Als ‚Mädchen vom Lande‘ kommand, wie es bei den Beschreibungen von Lebensläufen einmal hieß, ‚aus einer Arbeiter-



Angekommen – hoffentlich nicht nur bei den beiden: Ständchen zum Abschied. Ilona Wilhelm und Joachim Geffers, (begleitet auf der Gitarre von Dirk Mescher) versuchen sich an Udo Lindenbergs „Hinterm Horizont geht's weiter“



Anja Bensinger-Stolze als Kandidatin: „Der Paradigmenwechsel vom Pflichtstundenmodell zum AZM hat in Hamburg zerstörerische Spuren hinterlassen.“ ...

Bem Maße die Befragten heute Gewerkschaften für notwendig und wichtig. Es gibt so viele

Streiks, wie selten zuvor, auch mit Abschlüssen, die, gemessen an den Angeboten der Arbeitge-



... und als von Sigrid Strauss beglückwünschte 1. Vorsitzende

ber, ganz beachtlich sind. Das neue Problem auf dem Arbeitsmarkt sind jedoch die vielen prekären Arbeitsverhältnisse, die außerhalb von tariflichen Bedingungen abgeschlossen werden. Sie haben auch in unsere Bildungseinrichtungen Einzug gehalten und erschweren solidarisches Handeln erheblich. Deshalb haben wir uns vehement für stabile Arbeitsverhältnisse in unseren Bereichen eingesetzt, was ja auch zum Teil geglückt ist.“

Und wenn vom ‚wir‘ die Rede war, so meinte sie damit explizit die Zusammenarbeit von Klaus Bullan und sich. „Von meinem Gefühl her sind wir sehr viele Kilometer zusammen marschiert, inhaltlich, aber auch auf der Straße. Mir ist auch auf manchen Metern mal die Puste ausgegangen, denn der Trab zwischen Schule, Gesamtpersonalrat und GEW war nicht eben unspornlich. Das hat aber meistens nur bis zum nächsten Verschnaufen angehalten.“

Die Delegierten reagierten emphatisch mit standing ovations. Das kleine Ständchen für die beiden „Hinterm Horizont geht’s weiter“, vorgetragen von Ilona Wilhelm und mir, der dies schreibt, mit der Gitarre begleitet von Dirk Mescher hat – so hoffe ich – nicht nur den beiden gut gefallen.

Dieser Weg wird kein leichter sein

Anja konzentrierte sich in ihrer Vorstellungsrede auf das Lehrerarbeitszeitmodell, die Inklusion und den Schulbau. Den Fokus ihrer Rede richtete sie dabei auf die Arbeitsbedingungen der Kolleg_innen, konkret also auf das Arbeitszeitmodell. Dass kein anderes Bundesland dieses Modell übernommen habe, spreche für sich. Was da mit dem Begriff der „Auskömmlichkeit“ in Gang gesetzt worden sei, dass jedwede zusätzliche Aufgabe – der GPR zähle derweil 54 seit Einführung - im Rahmen des Modells

kostenneutral durchzuführen sei, führe zu einer unerträglichen Situation. Die Faktorisierung führe für einige Kolleg_innen zu 30 und mehr Unterrichtsstunden. „Kolleg_innen haben gearbeitet, arbeiten und arbeiten sich ab, werden krank, manchmal langzeit oder werden früh pensioniert. Vielfach wird von den Kolleg_innen nur ein Rettungsanker gesehen, um sich zu schützen: eine Teilzeitbeschäftigung. Ca. die Hälfte der heute in Hamburg an Schulen Beschäftigten arbeiten auf Teilzeitbasis. Die „Auskömmlichkeit“ des AZM bezahlen wir !“, so Anja zu diesem Euphemismus.

Außerdem, so Anja weiter, spielten nur quantitative Aspekte eine Rolle. „Mir war noch nie klar, warum z. B. die körperliche Belastung bei Sportkolleg_innen keine Berücksichtigung findet. Wenn ich mir vorstelle, einen ganzen Schultag Sport in einer voll ausgelasteten dreigeteilten Halle, in der man sein eigenes Wort kaum versteht, zu unterrichten, dann bräuchte ich allein zur Regeneration einen Nachmittag oder Abend, bevor ich den nächsten Unterricht vorbereiten könnte.“ Und so schlussfolgerte sie unter dem Beifall der Delegierten: „Der Paradigmenwechsel vom Pflichtstundenmodell zum AZM hat in Hamburg zerstörerische Spuren hinterlassen. Ich bin der Meinung: Das Modell gehört abgeschafft - 23 Stunden sind mehr als genug! Lasst uns weiter Fahrt aufnehmen und unserem Protest vom Aschermittwoch eine Fortsetzung folgen!“

Die andere große Baustelle, auf der zwischen Anspruch und Wirklichkeit eine große Lücke klaffe, die Inklusion, sei unter den gegebenen personellen und sachlichen Ressourcen gar nicht aufzuheben. Die Kolleg_innen seien überfordert, arbeiteten weit über ihr Limit hinaus, würden krank oder retteten sich in die Ferien. „Wir brauchen deshalb“,



Generationswechsel geglückt: Klaus Bullan freut sich über die Wahl Fredrik Dehnerdts

so Anja, „eine „Personalausstattung mindestens auf dem Niveau der Integrationsklassen, wir brauchen zusätzliche Sonderpädagog_innen an den Schulen, Doppelbesetzungen, Zeit für Koordinationen und Absprachen,

ein therapeutisches Angebot an den Schulen usw.“ Was derzeit geschehe, sei unverantwortlich.

Anja erinnerte auch an das markige Versprechen unseres Bürgermeisters, dass er Schulen zu Palästen machen wolle. Die



Der Beginn einer besten Freundschaft? Die neue Vorsitzende gratuliert Regina Tretow zur Wahl als 2. stellvertretende Vorsitzende

	<p>Anja</p> 
Was lest ihr gerade	„Das musst du erzählen“ von Egon Bahr
Welcher Musiktitel fällt euch ein, wenn ich nach eurem Lieblingsstück frage?	„Je ne regrette rien“, Edith Piaf
Welcher Film ist euch besonders im Kopf geblieben? • aktuell • historisch	„Glücksritterinnen“ von Katja Fedulova „16 Uhr 50 ab Paddigton“ M. Rutherford
Für welchen Star schwärmt ihr?	
Wer ist euer Vorbild?	Rosa Luxemburg
Welche Sportart mögt ihr?	Wandern, Schwimmen
Welcher Fußballverein ist euer Favorit?	TSV Fischerhude-Quelkhorn (Damenmannschaft)
Was wäre, wenn... Welch ein Tier wärt ihr gern?	Zaunkönig(in)
Welche Pflanze?	Sonnenblume
Welches Musikinstrument?	Klavier
Was ist eure Lieblingsfarbe?	rot
Wie viele Mitglieder hat die GEW in vier Jahren?	in Hamburg: über 10 000 Mitglieder
Und wer wird im Herbst Bundeskanzler_in?	leider: Merkel

Realität spreche dem Hohn. „An meiner Schule“, so Anja über ihre Situation, „wurden vor zwei Jahren die ersten Container für zwei Klassen aufgestellt, im letzten Jahr wurden sie aufgestockt. Da zwei Häuser – nacheinander – unbedingt renoviert werden müssen, wurden 8 weitere Container zweistöckig aufgebaut.

Das Lehrer_innenzimmer platzt aus allen Nähten, es gibt nur noch einen Besprechungsraum, keine ausreichenden Lehrer_innenarbeitsplätze, zu kleine Klassenräume... Und der erste Jahrgang beginnt im August mit der Ganztagschule.“

Und wie kommt es zu solchen Zuständen? Was steckt dahinter?

Dreh- und Angelpunkt sei die Privatisierung der Schulimmobilien, die auch vom SPD-Senat weiter vorangetrieben werde. Es wurden Schulimmobilien und Grundstücke in ein Sondervermögen überführt und dort bewirtschaftet. Mit der Quintessenz, dass in einem Musterflächenprogramm Grundsätze

 <p>Fredrik</p>	 <p>Regina</p>
<p>„Kill Decision“ von Daniel Suarez</p>	<p>Derzeit nur Reisekataloge von Wikinger Wanderreisen</p>
<p>„Pfad der Dämmerung“ von Tocotronic</p>	<p>„Nur noch kurz die Welt retten“</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Aktuell: Star Trek – Into Darkness • Historisch: 2001 – Odyssee im Weltraum 	<p>Aktuell : Broken Circels Historisch: Vier Hochzeiten und ein Todesfall</p>
<p>Arjen Robben</p>	<p>Bruno Ganz</p>
<p>Rudi Dutschke</p>	<p>Jörg Brockmann (macht Fachgruppenvorsitz Grundschulen mit mir)</p>
<p>Fußball</p>	<p>Tanzen (Free Style)</p>
<p>Bayern München</p>	<p>Keiner, obwohl undenkbar, wenn frau in der GEW mitreden will</p>
<p>Katze</p>	<p>ich Geld hätte? Ich würde neben dem Curiohaus wohnen. Hasse meine Arbeitswege. Schwalbe</p>
<p>Kaktus</p>	<p>Vergissmeinnicht</p>
<p>Gitarre</p>	<p>Cello</p>
<p>rot</p>	<p>Auf jeden Fall nicht schwarz</p>
<p>In Bund und Land: mehr als heute in allen Bildungsbereichen</p>	<p>Genauso viele wie jetzt – und alle aktiv und widerständig – ein Traum!</p>
<p>Als self destroying prophecy: Merkel</p>	<p>Ich glaub, sie bleibts</p>

geschaffen wurden, die dazu führten, dass wir weniger statt mehr Platz in den Schulen haben werden. Pädagogische Kriterien spielten in diesem Plan kaum eine Rolle. Zwischen 5,2 – 7,9 qm Innenraumfläche würden pro Schüler_in vorgehalten. Einem Hund stünden mindestens 10 qm zu. Hier von „Palästen“ zu

sprechen, sei ein Treppenwitz. Es handele sich noch nicht einmal um Hütten, so unsere neue Vorsitzende.

Dass eine Verbesserung dieser Situation nur durch das Engagement und den kollektiven Druck der Gewerkschaft zu erreichen ist, sei ein Allgemeinplatz. Trotzdem habe sie, als sie sich

in den letzten Wochen in den Fachgruppen vorgestellt habe, nicht selten gehört, dass die Kolleg_innen mittlerweile so weit seien, einen „Flächenbrand“ zu entzünden. Sie als zukünftige Vorsitzende sei dabei!

Fredrik Dehnerdts Arbeitsbereich war bislang die Univer-

sität. Sein Augenmerk galt - und dies wird sich nicht ändern - ganz besonders den prekären Beschäftigungsbedingungen an der Universität. Wie sehr die dort tätigen Kolleg_innen unter Druck stehen, zeige eine von engagierten Kolleg_innen durchgeführte Befragung, die darauf zielte, die Beschäftigungsbedingungen stabiler und attraktiver zu gestalten. „Wir konnten in der Fakultät, in der ca. 270 wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig sind, innerhalb weniger Wochen 203 Unterschriften sammeln, d.h. wir haben ca. $\frac{3}{4}$ der dort Beschäftigten erreicht“, so Fredrik.

Die konkreten Arbeitsplatzprobleme vor Ort seien immer auch eingebunden in gesamtgesellschaftliche Entwicklungen, die alle Bildungsbereiche betreffen, so Fredrik weiter. Zu diesen Entwicklungen zähle eben die zunehmende Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen, aber auch die Privatisierung von Gebäuden oder die Einführung von Elementen des New-Publik-Managements, wie Ranglisten, Evaluationen oder auch Ziel- und Leistungsvereinbarungen.

„Diese Einführung betriebswirtschaftlicher Steuerungsinstrumente und neuer Führungstechniken lehnen wir ab“, so Fredrik im Schulterschluss mit Anja und Regina, denn sie seien Ausdruck einer staatlichen Politik, die nicht nur im Bildungsbereich auf Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung setzte. Nicht zuletzt aus diesem Grunde möchte er sein Augenmerk auf die Referate B: Bildungspolitik und C: Gesetzgebung, Bildungsfinanzierung, Statistik richten.

Regina Tretow unterstrich die Bedeutung der Verklammerung zwischen der Personalratsarbeit und der GEW-Politik. Ihr Ziel sei es, dass wir lernen, für uns selbst zu sorgen, nicht jede_r einzeln, sondern solidarisch. Das

müsse nicht immer gleich der große Wurf sein. Auch kleinere Veränderungen könnten schon entlasten. Ihr Herzensanliegen sei der Gesundheitsschutz und Gesundheitsprävention nicht nur in der Schule, sondern gesamtgesellschaftlich. „Immer professioneller, immer schneller, immer besser, immer differenzierter, immer mehr ... eine atemlose Spirale, die sich da hochschraubt und uns die Luft zum Leben abschneuert. Und Leben, Lebensfreude sind wichtig!“ Und dies sei unmittelbar mit den Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen ihrer Vorredner_innen verknüpft, so die Noch-Vorsitzende des Gesamtpersonalrats. Darüber hinaus ginge es ihr ganz besonders um die Wiederbelebung demokratischer Strukturen. Der durch die Selbstverantwortete Schule entstandenen Top-Down-Mentalität müsse entgegenge wirkt werden.

Wahlen

Alle drei Kandidat_innen, Anja Bensing-Stolze als 1. Vorsitzende, Fredrik Dehnerdt als 1. Stellvertreter und Regina Tretow als 2. Stellvertretende, wurden nahezu einstimmig gewählt. Dies Ergebnis erklärt sich m.E. daraus, dass die Drei nicht nur bei ihrer Vorstellung überzeugten, sondern sich im Vorhinein auch in vielen Fachgruppen, Referaten und Versammlungen bekannt gemacht hatten und nicht zuletzt ja auch in der letzten Ausgabe der hlz ihre Vorstellungen umrissen haben. Wer noch einmal nachlesen möchte, wohin mit den Dreien die Reise vorm Horizont gehen soll, lese die S.3 dieser hlz oder mache sich sein Bild mit Hilfe des großen hlz-Psychotests (s. Tabelle S. 14/15).

Arbeitsgruppen

Die bis zu diesem Zeitpunkt sehr vortragslastige Veranstaltung setzte sich nach einem gemeinsamen Mittagessen in der

Arbeit in Gruppen nach Schulkapiteln aufgeteilt fort. Die Diskussionen verliefen spannend, wie man an den anschließenden Zusammenfassungen, gestützt durch Metaplan-Anzeige, erkennen konnte. Alles, was zur Zeit die Gemüter erhitzt, sei es die Debatte um G8/9, die ganztägige Betreuung an Schulen (GBS), die auch die vielen Mitglieder aus dem Erzieher_innenbereich betrifft, die Inklusion, die neben Lehrer_innen die Interessen des pädagogisch-therapeutischen Personals berührt, die prekären Beschäftigungsverhältnisse an Schule und Hochschule, die Auswirkungen des Schulentwicklungsplans auf die Berufsbildenden Schulen u.v.a.m. war diskutiert worden. Stoff und Futter zugleich für die neuen Vorsitzenden, die ihrerseits garantierten, dass dies alles für sie Herausforderung und zugleich Programm sei.

Anträge

Im Fokus der Aufmerksamkeit stand ohne Frage der von Stefan Romey und Bernhard Nette formulierte Antrag zur Immobilie Rothenbaumchaussee 19, kurz Ro19. Ohne an dieser Stelle eine Zusammenfassung der über 10 Jahre währenden Debatte um die Frage der Arisierung des Hauses wiedergeben zu können: Es ging den Antragstellern darum, den nun erfolgten Verkauf (die hlz berichtete darüber) als Ergebnis eines Engagements zu werten, das zwar weniger als das Gewünschte, nämlich die Einrichtung eines Jüdischen Museums erreicht habe, aber immerhin als ein Akt des Eingehens auf die Forderung anzusehen sei, sich von dem Eigentum zu trennen. Den Worten Michael Schades, dass es das historische Verdienst von Bernhard Nette und Stefan Romey sei, dass man sich von dem Haus getrennt habe, widersprach niemand. Wie scharf die Trennlinien verlaufen unterstrich er mit den Worten: „Das

Haus Ro19 hat uns nie gehört.“ Demgegenüber nannte Herbert Ankenbrandt (Vorsitzender des Aufsichtsrates der Vermögens- und Treuhandgesellschaft der

GEW - VTG) noch einmal (bei drei Minuten Redezeitbeschränkung!) die Gründe, weshalb er die Meinung von Nette/Romey nicht teile. Diese Position

schlage sich im Beschluss der LVV von 2008 nieder, der durch Mehrheit der Delegierten zustande gekommen sei und die Grundlage für alles später Geschehene

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Hamburg

Beschluss der Landesvertreterversammlung am 24. November 2008

Verantwortung für die Geschichte übernehmen

Die GEW Hamburg versteht sich als eine demokratische und antifaschistische Organisation. Sie setzt sich gegen rassistische, nationalistische und militaristische Aktivitäten ein und fördert Maßnahmen zum Ausbau von Demokratie, Humanität und Frieden. Die GEW Hamburg kann auf eine über 200jährige Organisationsgeschichte zurückblicken und verbindet Erinnerung mit Erkenntnis und Verantwortung. Hierzu zählt auch die Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus’.

Die GEW Hamburg stellt fest:

Wir müssen die Vergangenheit annehmen. Wir sind von ihr und ihren Folgen auch als nachfolgende Generationen betroffen und werden für sie in Haftung genommen.

Wir treten ein für eine geschichtliche Aufarbeitung ohne Vorbehalt und ohne Furcht vor dem Resultat. Es bedarf einer umfassenden Analyse und eines darauf aufbauenden Engagements. Spuren sollen gesucht und nicht verwischt werden. Aufarbeitung schließt Erinnern und Gedenken, Aufklärung und Veränderung ein.

Alle Mitglieder sind aufgefordert, sich aktiv an der Diskussion zu beteiligen – offen und differenziert.

Die GEW Hamburg bezieht auch im Hinblick auf ihre eigene Geschichte als „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens“ Position. Die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit wirft grundsätzliche Fragen des organisatorischen und individuellen Verantwortungsbewusstseins auf. Sie vermittelt Entscheidungskriterien und Verhaltensmaßstäbe für heute und morgen.

1933 kam es zum Bruch mit der Demokratie. Die Lehrergewerkschaft unterschätzte den totalen Machtwillen und die Dynamik der NS-Bewegung. Dem entstehenden Unrecht wurde nicht entschieden entgegen getreten; es wurde nicht „Nein!“ gesagt. Die Lehrergewerkschaft unterwarf sich aus äußerem Zwang, aus Opportunismus und auch aus eigener Überzeugung der NS-Bewegung. Sie förderte durch dieses Verhalten die Stabilisierung des Regimes.

Die Anerkennung historischer Schuld unserer Lehrergewerkschaft schließt das Nachdenken über die persönliche Schuld ehemaliger Funktionäre und Mitglieder ein. Wir wissen, dass viele in der NS-Zeit Täter, Mittäter und Mitläufer wurden. Zugleich gab es – wenn auch wenige - Frauen und

Männer im Widerstand

Nach 1945 fehlte in der „Gesellschaft der Freunde“/ GEW Hamburg die direkte und umfassende Auseinandersetzung mit dem Erbe des Nazireiches. Es fand sich wenig Rückbesinnung auf das eigene Verhalten. Die Selbstgleichschaltung der Organisation 1933 wurde nur von wenigen kritisch hinterfragt. Man blendete nach 1945 die Beteiligung der Mitglieder der ehemaligen Lehrergewerkschaft am rassistischen und kriegsvorbereitenden Wirken des NS-Staates in den Schulen weitgehend aus.

Es gab kein klares Bekenntnis der GEW Hamburg zur Mitverantwortung. Es wurde nicht konsequent mit personellen Kontinuitäten bei der Neukonstituierung der Lehrergewerkschaft gebrochen. Dagegen fanden die Bemühungen, die nach den Bestimmungen der Alliierten als NS-belastet eingestuft und entlassenen Pädagogen zu rehabilitieren und in den Staatsdienst wieder aufzunehmen, in fast allen Fällen die Unterstützung der GEW.

Wir, die GEW Hamburg im Jahre 2008, bekennen uns zur historischen Schuld unserer Organisation. Wir übernehmen Verantwortung für unsere Geschichte.

Der Geist dieses Beschlusses veranlasste den Landesvorstand die Vermögens-Treuhand-Gesellschaft (VTG) mit dem Verkauf zu beauftragen

Rothenbaumchaussee 19

Dieses Haus wurde 1877/8 im Auftrag des Arztes Fr. Caesar Gerson erbaut. 1890 erwarb es der Kaufmann Moses Max Bauer. Nach dessen Tod 1925 ging es in das Eigentum von Verwandten über. Sie verkauften es 1935 in einer Zeit zunehmender antisemitischen Verfolgungsdrucks unter Wert an den Nationalsozialistischen Lehrerbund. Die Vorbesitzer Hedwig Hallgarten, geb. Ree, ihre Tochter Mercedes Meyerhof, geb. Hallgarten, und deren Ehemann Robert Henry Nordheim Meyerhof flohen 1936/7 vor dem NS-Terror zunächst in die Schweiz, von dort in die USA. Sie vertraten beim Verkauf die Mitbesitzer Albert und Julius Hallgarten. Klaus Jürgen Bauer starb 1937 nach langjähriger Krankheit in Deutschland.

1948 meldete die "Gesellschaft der Freunde des Vaterländischen Schul- und Erziehungswesens" Anspruch auf das Haus an. 1954 wurde es endgültig an deren Nachfolgerin, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), übertragen.

auf ihre geänderte Einstellung einen Antrag auf dauerhafte Mitgliedschaft im BERTINI-Preis e.V.“ Durch verschiedene Redebeiträge konnte deutlich gemacht werden, dass der Akt des Verkaufens nicht Ausdruck einer geänderten Position sei, sondern sich auf den Beschluss der LVV aus dem Jahre 2008 (s. Kasten S. 17) bezog, der als Folge den Landesvorstand beschließen ließ, die Immobilie zum Verkauf freizugeben. Und auch Klaus Bullan hatte in seiner Abschiedsrede (s.o.) noch einmal die Position der GEW skizziert: „Auch wenn eine Reihe von Tatsachen dafür sprechen, dass die früheren Eigentümer den Verkauf im Jahre 1935 nicht in den Kontext nationalsozialistischer Verfolgung eingeordnet haben, können wir natürlich nicht mit Sicherheit sagen, dass es kein Zwangsverkauf war. Deshalb war für uns handlungsleitend, dass das Gebäude wieder eine jüdische Nutzung bekommen soll. Mit dem Verkauf und der Spende an die Jüdische Gemeinde bekennen wir uns zur

Gedenktafel am Haus Rothenbaumchaussee 19

gebildet habe.

Die von Jörg Berlin, der sich über den ganzen Zeitraum der Auseinandersetzung in seiner Rolle als Historiker besonders aufgefordert sah, seine fachliche Sicht auf die Dinge einzubringen und von Herbert Ankenbrandt eingebrachten Änderungsanträge mussten abgelehnt werden, weil sie von ihrem Charakter dem Inhalt des Hauptantrages widersprachen. Als Alternativantrag konnten sie satzungsgemäß aber auch nicht mehr spontan eingebracht werden. Die Delegierten mussten nun mündlich vorgebrachte Änderungsanträge bewerten, was vor dem Hintergrund des komplexen Zusammenhangs nicht gerade einfach schien. Im Wesentlichen ging es um die hier fett gesetzte Formulierung: „Die GEW stellt **unter Hinweis**

„RO 19 – ÜBERNAHME GESCHICHTLICHER VERANTWORTUNG“

Der Hamburger Gewerkschaftstag beschließt am 15.5. 2013:

Angesichts des Verkaufs des Gebäudes Rothenbaumchaussee 19 und 19a (Ro 19) an die chassidische Organisation Chabad Lubawitsch Hamburg e.V. setzt sich der Vorstand der Hamburger GEW dafür ein, dass die auf Initiative des Landesvorstands 2008 angebrachte Gedenktafel an der Vorderseite des Gebäudes verbleibt.

Die GEW Hamburg sieht den Text der Gedenktafel als Beitrag zur Stärkung des geschichtlichen Bewusstseins über die jüdische Verfolgung in Hamburg und besonders hier in Rotherbaum.

Die GEW Hamburg stellt einen Antrag auf dauerhafte Mitgliedschaft im BERTINI-Preis e.V.

Der Hamburger Gewerkschaftstag appelliert an alle, Diskussionen und Veröffentlichungen in Zukunft ohne persönliche Beleidigungen zu führen. Diskussionen sollten zudem in einem Rahmen stattfinden, der die Darstellung kontroverser Positionen und die ausführliche Würdigung vorgelegter Materialien ermöglicht.

Den letzten Absatz haben die Antragssteller (Nette/Romey) aus Jörg Berlins Antrag übernommen

Verantwortung der GEW.“

In ihrer Mehrheit beschlossen die Delegierten u.a. die Streichung der oben fett gedruckten Passage sowie die des Passus', mit dem die Zahlung von weiteren zehntausend Euro – neben der Summe, die in den bereits existierenden Anti-Rassismus-Fonds eingezahlt wird – beschlossen werden sollte.

Überschattet war die Debatte durch den in der letzten Ausgabe der hlz veröffentlichten Artikel von Bernhard Nette und Stefan Romey (S. 50), so dass die Aufnahme der Passage von Jörg Berlins Änderungsantrag in Sachen faires Umgehen miteinander (s. Kasten, letzter Absatz des Beschlusses) durch die Antragsteller manchem unglaublich schien. Dass es hier zu keiner Thematisierung des Artikels kam, ist ausschließlich dem Umstand geschuldet, dass es vielen Beteiligten darum ging, den Konflikt in gewisser Weise zu

befrieden (s. hierzu persönliche Erklärung des Berichterstatters).

Alle übrigen Anträge lösten keine größeren Debatten oder gar Kontroversen aus und konnten jeweils mit großen Mehrheiten verabschiedet werden. Im Einzelnen:

- Antrag auf Satzungsänderung bezüglich einer Umbenennung des GEW-Frauenausschusses in „Ausschuss für Gleichstellungs- und Genderpolitik – *QUE(E)RSCHNITT*“, Kurzform: AfGG
- Sprachförderung an Sonderschulen. Die 39 gestrichenen Stellen müssen wieder zur Förderung behinderter Kinder und Jugendlicher zur Verfügung gestellt werden.
- Ausschuss für Friedenserziehung: Widerspruch zum DGB-Spitzenkontakt mit der Bundeswehr.
- AG Fair Childhood: Die GEW Hamburg unterstützt die Initiative lokal und auf Bundesebene

und ruft alle Kolleg_innen dazu auf, das Thema ‚Bildung statt Kinderarbeit‘ verstärkt in den Unterricht einfließen zu lassen.

- Fachgruppen Gewerbe und Handel zum Konzeptentwurf „Übergangsqualifizierung in den Jahrgängen 9 und 10 der Stadtteilschulen“: Im Wesentlichen geht es um die Beibehaltung der Gestaltungsfreiheit, die Stellen(nicht-)Janrechnung, das Prinzip der Freiwilligkeit bei Besetzung der Stellen und – bezogen auf die Übergangsqualifizierung – der Gleichbehandlung von Stadtteilschulen und Gymnasien.
- Der Gewerkschaftstag der GEW Hamburg fordert den Senat der FHH auf, eine Bundesratsinitiative zur Wiederherstellung der Regelungen in §9 (keine volle Anrechnung der Berufsschulzeit) des JArbSchG von vor 1997 zu ergreifen.

JOACHIM GEFFERS

Eine persönliche Erklärung

Unsauber

Wer von den Anwesenden auf dem Gewerkschaftstag den Artikel von Bernhard Nette und Stefan Romey unter dem Titel: Geld heilt alle Wunden. Oder? (hlz 4-5/13, S.50ff) gelesen hatte, war verwundert, als Stefan Romey den Antrag zu Ro19 ohne die Angriffe, die den Artikel prägen, begründete. Dies diente der Versachlichung der Debatte. Aber dennoch können die Anwürfe in jenem Artikel nicht unwidersprochen hingenommen werden. Ich fühle mich in der Verantwortung, auch, weil ich den Abdruck des Textes in ungekürzter Form – gegen den Rat einiger Redaktionkolleg_innen – durchgesetzt habe. Es geht dabei weniger um die mehrfach widersprochene Behauptung, die Redaktion in

Person des Redaktionsleiters sei vom GA mit einem Äußerungsverbot belegt worden. Auch die süffisant-ironische Einlassung in Bezug auf Klaus Bullans Formulierung in Sachen Ro19, die jedem/r mit der Sache Vertrauten zeigt, wie hier um eine Position gerungen wurde, mag je nach Betrachtungsweise noch zu dem Hinnehmbaren zählen. Was dagegen den Rahmen einer solidarischen Auseinandersetzung nicht nur sprengt, sondern erneut das Muster der Diffamierung des Kontrahenten bedient, ist der Vorwurf, dass der Verkauf nur aus wirtschaftlichen Gründen (Renovierungskosten) erfolgt und in der Konsequenz als Ablasshandel zu betrachten sei.

Diese Anwürfe sind nicht nur

beleidigend, sondern diffamieren jene – und Herbert Ankenbrandt als Verhandlungsführer der VTG im Besonderen – die jahrelang um eine differenzierte Betrachtung des Komplexes Ro19 bemüht waren. Wer wie ich mit Herbert jahrelang in der GEW und auch als Kollege an der Schule zusammengearbeitet hat, weiß um seine integre Haltung, die er in allen Fragen emanzipatorischen Verhaltens gezeigt hat. Diese Art der Auseinandersetzung ist nicht nur für die Betroffenen – nicht zuletzt gehört dazu auch der Käufer – verletzend, ja ehrabschneidend, sondern einer Organisation, die für Demokratie und Solidarität steht, nicht würdig.

JOACHIM GEFFERS